

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

| 1980 | Ausgegeben zu Wiesbaden am 30. April 1980 | Nr. 9 |
|-----------|---|-------|
| Tag | Inhalt | Seite |
| 2. 4. 80 | Neufassung des Ortsgerichtsgesetzes <i>GVBl. II 28-1</i> | 113 |
| 22. 4. 80 | Siebte Verordnung zur Ausführung des § 12 des Schulverwaltungs- gesetzes <i>GVBl. II 72-84</i> | 119 |
| 22. 4. 80 | Zweite Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministers <i>Ändert GVBl. II 305-10</i> | 119 |
| 22. 4. 80 | Siebte Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten <i>Ändert GVBl. II 305-11</i> | 124 |
| 21. 4. 80 | Verordnung zur Änderung der Zulassungszahlenverordnung 1980 <i>Ändert GVBl. II 70-98</i> | 128 |
| 21. 4. 80 | Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zulas- sung zum Vorbereitungsdienst für die Lehrämter <i>Ändert GVBl. II 322-79</i> | 129 |
| 25. 3. 80 | Dritte Anordnung zur Änderung der Anordnung des Direktors des Landespersonalamtes über die Festsetzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen <i>Ändert GVBl. II 320-68</i> | 131 |

Bekanntmachung der Neufassung des Ortsgerichtsgesetzes¹⁾

Vom 2. April 1980

Auf Grund des Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Ortsgerichtsgesetzes vom 4. Dezember 1979 (GVBl. I S. 245) wird nachstehend der Wortlaut des Ortsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1952 (GVBl. S. 124) in der vom 1. April 1980 an geltenden Fassung bekanntgemacht.

Wiesbaden, den 2. April 1980

Der Hessische Minister der Justiz
Dr. Günther

¹⁾ GVBl. II 28-1

Ortsgerichtsgesetz
in der Fassung vom 2. April 1980

Erster Abschnitt

**Einrichtung und Stellung der
Ortsgerichte**

§ 1

Errichtung der Ortsgerichte

(1) Ortsgerichte werden für eine Gemeinde errichtet. In Gemeinden mit mehreren Ortsteilen können mehrere Ortsgerichte errichtet werden.

(2) Die Errichtung von Ortsgerichten erfolgt durch den Minister der Justiz im Benehmen mit dem Minister des Innern durch Rechtsverordnung, die im Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen zu verkünden ist. Die beteiligten Gemeinden sind vorher zu hören.

(3) Die Präsidenten der Land- und Amtsgerichte können durch Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Kreis-ausschuß, in kreisfreien Städten mit dem Magistrat, Ortsgerichtsbezirke ändern und Ortsgerichte aufheben, wenn sich die Grenzen von Gemeinden oder Ortsteilen ändern, eine ordnungsgemäße Besetzung der Ortsgerichte nicht gewährleistet ist oder sonstige wichtige Gründe vorliegen. Die beteiligten Gemeinden sind vorher zu hören. Für die Verkündung gilt Abs. 2.

(4) Wird eine Gemeinde in eine andere Gemeinde eingegliedert oder werden Gemeinden zusammengeschlossen, bleiben die bisherigen Ortsgerichtsbezirke bis zu einer Neuabgrenzung nach Abs. 3 unverändert.

§ 2

Aufgaben der Ortsgerichte

Die Ortsgerichte sind Hilfsbehörden der Justiz. Ihnen obliegen die durch Gesetz näher bezeichneten Aufgaben auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Schätzungswesens. Sie führen das Landessiegel.

§ 3

Aufsicht über die Ortsgerichte

Die Dienstaufsicht über die Ortsgerichte üben aus:

1. der Minister der Justiz;
2. der Präsident des Oberlandesgerichts;
3. der Präsident des Amtsgerichts oder der Präsident des Landgerichts, wenn das Ortsgericht nicht zu dem Bezirk eines mit einem Präsidenten besetzten Amtsgerichts gehört;
4. der Direktor des Amtsgerichts, zu dessen Bezirk das Ortsgericht gehört.

§ 4

Zusammensetzung der Ortsgerichte

(1) Für jedes Ortsgericht werden ein Ortsgerichtsvorsteher und vier Ortsge-

richtsschöffen (Ortsgerichtsmitglieder) bestellt. Die Präsidenten der Land- und Amtsgerichte können die Zahl der Schöffen erhöhen, wenn hierzu ein Bedürfnis besteht.

(2) Das Ortsgericht wird, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, mit dem Ortsgerichtsvorsteher als Vorsitzendem und zwei Ortsgerichtsschöffen als Beisitzern tätig. Beschlüsse werden in mündlicher Beratung mit Stimmenmehrheit gefaßt.

(3) Die Erledigung der Verwaltungsarbeit obliegt dem Ortsgerichtsvorsteher.

§ 5

Vertretung der Ortsgerichtsmitglieder

(1) Für den Fall der Verhinderung des Ortsgerichtsvorstehers ernennt der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts bis zu zwei Ortsgerichtsschöffen zu Vertretern.

(2) Der Ortsgerichtsvorsteher regelt vor Beginn des Kalenderjahres für dessen Dauer die Reihenfolge, in der die Ortsgerichtsschöffen tätig werden, und bestimmt ihre Vertretung im Falle der Verhinderung. Ist zur Vertretung keine Bestimmung getroffen, so erfolgt sie durch den jeweils dienstältesten, bei gleichem Dienstalter durch den lebensältesten Ortsgerichtsschöffen.

(3) Der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts kann bestimmen, daß die Vertreter des Ortsgerichtsvorstehers in Ortsgerichtsbezirken mit mehreren Ortsteilen Dienstgeschäfte, die dem Ortsgerichtsvorsteher allein obliegen, für solche Ortsteile, in denen sich die Geschäftsräume des Ortsgerichts nicht befinden, auch dann selbständig wahrnehmen können, wenn eine Verhinderung nach Abs. 1 nicht vorliegt.

§ 6

Stellung der Ortsgerichtsmitglieder

Die Ortsgerichtsmitglieder sind Ehrenbeamte.

§ 7

Ernennung der Ortsgerichtsmitglieder

(1) Die Ortsgerichtsmitglieder werden auf Vorschlag der Gemeinde von dem Präsidenten oder Direktor des Amtsgerichts auf die Dauer von zehn Jahren ernannt. Die Amtszeit kann auf fünf Jahre begrenzt werden, wenn der Vorgeschlagene bereits das 65. Lebensjahr vollendet hat. Dem Vorschlag ist die schriftliche Einverständniserklärung des Vorgeschlagenen beizufügen. Erneute Ernennung ist zulässig. Die Ortsgerichtsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer

Amtszeit bis zum Amtsantritt der neuen Ortsgerichtsmitglieder im Amt.

(2) Die Gemeinde hat die Personen vorzuschlagen, auf die mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter entfallen sind. Die Abstimmung erfolgt schriftlich und geheim. Wenn niemand widerspricht, kann durch Zuruf oder Handaufheben abgestimmt werden. Bewerber können vom Gemeindevorstand oder aus der Mitte der Gemeindevertretung benannt werden.

(3) Reicht die Gemeinde innerhalb einer angemessenen Frist keinen Vorschlag ein, so ernennt der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts eine geeignete Person. Abs. 1 gilt entsprechend, jedoch kann die Ernennung für eine kürzere Amtszeit erfolgen.

(4) Lehnt der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts die Ernennung des Vorgeschlagenen ab, so hat die Gemeinde auf Grund einer neuen Abstimmung einen neuen Vorschlag einzureichen. Geschieht dies nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder wird der abgelehnte Bewerber erneut vorgeschlagen, so ernennt der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts eine geeignete Person.

§ 8

Persönliche Voraussetzungen für die Ernennung

(1) Zu Ortsgerichtsmitgliedern dürfen nur Personen ernannt werden, die allgemeines Vertrauen genießen sowie lebenserfahren und unbescholten sind. Sie sollen mit der Schätzung von Grundstücken vertraut sein.

(2) Ortsgerichtsmitglieder können nicht Personen sein, die

1. ihren Wohnsitz im Bezirk des Amtsgerichts nicht oder nicht mehr haben;
2. die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig ausüben;
3. als Rechtsanwalt oder Notar zugelassen sind.

(3) Im Dienst befindliche Richter sowie Beamte im Justizdienst, deren berufliche Tätigkeit im Zusammenhang mit den Aufgaben des Amtsgerichts steht, sollen nicht zu Ortsgerichtsmitgliedern ernannt werden.

(4) Personen, die miteinander im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind, sowie Ehegatten sollen nicht gleichzeitig Ortsgerichtsmitglieder sein.

(5) Weitergehende beamtenrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

§ 9

Vereidigung der Ortsgerichtsmitglieder

Die Ortsgerichtsmitglieder haben vor dem Präsidenten oder Direktor des

Amtsgerichts den für Beamte vorgeschriebenen Eid zu leisten, sofern sie nicht schon als Beamte vereidigt worden sind.

§ 10

Ausschließung der Ortsgerichtsmitglieder

(1) Ein Ortsgerichtsmitglied ist von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen:

1. in Sachen, in denen es selbst beteiligt ist oder in denen es zu einem Beteiligten in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen steht;
2. in Sachen seines Ehegatten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit der es in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade verwandt oder verschwägert ist oder war;
4. in Sachen, in denen es als Bevollmächtigter eines Beteiligten bestellt oder als gesetzlicher Vertreter eines solchen aufzutreten berechtigt ist oder war.

(2) Ein Ortsgerichtsmitglied soll sich, auch wenn ein Ausschließungsgrund nach Abs. 1 nicht vorliegt, der Ausübung seines Amtes enthalten, wenn es sich wegen persönlicher Beziehungen oder aus einem anderen Grunde für befangen hält. Die Ablehnung eines Ortsgerichtsmitgliedes ist ausgeschlossen.

(3) Eine Verletzung dieser Vorschriften beeinträchtigt die Wirksamkeit des vorgenommenen Dienstgeschäftes nicht.

§ 11

Ausscheiden der Ortsgerichtsmitglieder

(1) Für die Verabschiedung und die Entlassung von Ortsgerichtsmitgliedern ist der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts zuständig.

(2) Der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts kann ein Ortsgerichtsmitglied aus wichtigem Grund entlassen.

§ 12

Hilfskräfte der Ortsgerichte

(1) Der Ortsgerichtsvorsteher kann zu seiner Entlastung für Nebenarbeiten Hilfspersonen mit Zustimmung des Präsidenten oder Direktors des Amtsgerichts beschäftigen. Sie treten zu dem Ortsgericht in kein Dienstverhältnis.

(2) Die Hilfspersonen sind vor Arbeitsaufnahme von dem Ortsgerichtsvorsteher zur gewissenhaften Arbeitsleistung und zur Verschwiegenheit besonders zu verpflichten.

Zweiter Abschnitt

Zuständigkeit der Ortsgerichte

A. Obliegenheiten
des Ortsgerichtsvorstehers allein

§ 13

Beglaubigung von Unterschriften
und Abschriften

(1) Der Ortsgerichtsvorsteher ist zuständig, Unterschriften öffentlich zu beglaubigen.

(2) Der Ortsgerichtsvorsteher ist ferner zur Beglaubigung von Abschriften öffentlicher oder privater Urkunden zuständig. Zur Beglaubigung einer auszugsweisen Abschrift ist er nicht befugt.

(3) Die Unterschriften und Abschriften soll er nur beglaubigen, wenn die Personen, die die Unterschriften vollzogen oder die Abschriften vorgelegt haben, im Bezirk des Ortsgerichts ihren Wohnsitz, ihren ständigen Aufenthalt oder ihren ständigen Arbeitsplatz haben, oder wenn dies im Zusammenhang mit anderen, die gleiche Sache betreffenden Beglaubigungen geschieht.

§ 14

Sterbefallsanzeige

(1) Auf Ersuchen des Amtsgerichts erteilt der Ortsgerichtsvorsteher über den Sterbefall von Personen, die in dem Bezirk des Ortsgerichts ihren letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben, eine Sterbefallsanzeige.

(2) Die Sterbefallsanzeige soll Angaben enthalten über:

1. Namen und Stand,
2. letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort,
3. Zeitpunkt und Ort der Geburt und des Todes,
4. Familienstand,
5. gesetzliche Erben,
6. Vorhandensein einer Verfügung von Todes wegen,
7. allgemeine Vermögensverhältnisse, insbesondere Grundbesitz,
8. eheliche Güterrechtsverhältnisse.

Sie soll weiter zu erkennen geben, ob ein Einschreiten des Vormundschaftsgerichts oder des Nachlassgerichts geboten ist.

(3) Der Präsident oder Direktor des Amtsgerichts kann das Ersuchen allgemein für alle Sterbefälle im Bezirk des Gerichts stellen. Der zuständige Standesbeamte ist hiervon zu benachrichtigen.

§ 15

Sonstige Aufgaben
des Ortsgerichtsvorstehers

Der Ortsgerichtsvorsteher hat die Ersuchen der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu erledigen, insbesondere

1. über Besitzverhältnisse oder persönliche Verhältnisse der in seinem Bezirk wohnenden oder sich aufhaltenden Personen Auskünfte zu erteilen,
2. zu Fragen gutachtlich Stellung zu nehmen, die das Gericht für seine Entscheidungen benötigt,
3. Vermögensverzeichnisse und Nachlassinventare aufzustellen.

B. Obliegenheiten
des Ortsgerichtsvorstehers unter
Zuziehung eines Ortsgerichtsschöffen

§ 16

Sicherung des Nachlasses

(1) Der Ortsgerichtsvorsteher ist, soweit ein Bedürfnis besteht, neben dem Amtsgericht für die in § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehene Sicherung des Nachlasses zuständig. Zur Bestellung eines Nachlasspflegers ist er nicht befugt.

(2) Zum Zwecke der Sicherung kann er insbesondere Siegel anlegen, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten an sich nehmen sowie in einer Liste die vorgefundenen Gegenstände aufzeichnen.

(3) Der Ortsgerichtsvorsteher hat zu diesen Maßnahmen einen Ortsgerichtsschöffen zuzuziehen sowie am Orte anwesende Erben oder Verwandte des Erblassers oder geeignete Auskunftspersonen zu laden.

(4) Von den getroffenen Maßnahmen hat der Ortsgerichtsvorsteher dem Amtsgericht unverzüglich Mitteilung zu machen. Hat er Siegel angelegt, so soll deren Abnahme nur auf Anordnung des Amtsgerichts erfolgen. Verfügungen von Todes wegen, die sich im Nachlaß befinden, sowie Geld, Wertpapiere oder Kostbarkeiten, die der Ortsgerichtsvorsteher an sich genommen hat, hat er unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

(5) Wenn zweifelhaft ist, ob Sicherungsmaßnahmen zu treffen sind, der Ortsgerichtsvorsteher sie jedoch nicht trifft, hat er dem Amtsgericht unverzüglich den Sachverhalt anzuzeigen.

(6) Auf Antrag eines Beteiligten oder von Amts wegen kann das Amtsgericht Maßnahmen, die der Ortsgerichtsvorsteher zum Zwecke der Sicherung des Nachlasses getroffen hat, abändern oder aufheben, wenn sie nach seinem Ermessen nicht gerechtfertigt sind.

C. Obliegenheiten des Ortsgerichts
in der Besetzung mit drei Mitgliedern

§ 17

Mitwirkung des Ortsgerichts
bei Festsetzung und Erhaltung
von Grundstücksgrenzen

Das Ortsgericht ist zuständig, auf Antrag eines Beteiligten oder auf Ersuchen

einer Behörde bei der Feststellung und Erhaltung der Grenzen der Grundstücke, die in seinem Bezirk liegen, insbesondere bei der Errichtung fester Grenzzeichen mitzuwirken.

§ 18

Schätzungen

(1) Das Ortsgericht ist zuständig, auf Antrag eines Beteiligten oder auf Ersuchen einer Behörde den Wert zu schätzen von:

1. Grundstücken,
2. beweglichen Sachen,
3. Nutzungen eines Grundstücks,
4. Rechten an einem Grundstück,
5. Früchten, die von dem Boden noch nicht getrennt sind,
6. Schäden an einem Grundstück und an Früchten, die von dem Boden noch nicht getrennt sind,

soweit die Gegenstände sich in seinem Bezirk befinden.

(2) Liegt ein Grundstück in den Bezirken mehrerer Ortsgerichte, so ist das Ortsgericht zuständig, in dessen Bezirk der größere Teil liegt.

(3) Die Schätzungsurkunden über Grundstücke sollen Angaben enthalten über

1. Größe und Bodenwert,
2. Bauart und Wert der Gebäude,
3. Wert der besonderen Einrichtungen, die zum Grundstück gehören,
4. Gesamtwert.

Dritter Abschnitt

Anzeigepflichten des Standesbeamten

§ 19

Anzeigen des Todes einer Person

(1) Wird bei einem Standesbeamten der Tod einer Person angezeigt, so hat er an das für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständige Amtsgericht eine Durchschrift der Eintragung in das Sterberegister zu übersenden, auch wenn die Voraussetzungen des § 48 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht vorliegen.

(2) Ist ein Ersuchen nach § 14 Abs. 3 gestellt, übersendet der Standesbeamte die Durchschrift an das für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständige Ortsgericht.

Vierter Abschnitt

Einnahmen und Ausgaben der Ortsgerichte

§ 20

Gebührenpflicht

(1) Die Ortsgerichte erheben Gebühren nach einer Gebührenordnung, die

der Minister der Justiz im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen erläßt; sie kann für Tätigkeiten Gebührenfreiheit vorsehen. Die Erhebung der Gebühren unterbleibt, wenn deren Zahlung dem Gebührenschuldner nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zugemutet werden kann. Zur gebührenfreien Amtshilfe sind die Ortsgerichte nicht verpflichtet.

(2) Die Gebühren werden mit der Beendigung des gebührenpflichtigen Geschäfts fällig.

§ 21

Erhebung von Auslagen

(1) Die den Ortsgerichtsmitgliedern bei der Vornahme von Dienstgeschäften entstandenen baren Unkosten werden von dem Ortsgericht als Auslagen erhoben. Zu den baren Unkosten gehört auch der entgangene Arbeitsverdienst nach Maßgabe der für Schöffen geltenden Vorschriften.

(2) Die Auslagen sind sofort fällig.

§ 22

Kostenschuldner

(1) Zur Zahlung der Kosten (Gebühren und Auslagen) sind verpflichtet:

1. bei Geschäften, die auf Antrag vorgenommen werden, jeder, der die Tätigkeit des Ortsgerichts veranlaßt, bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften insbesondere jeder Teil, dessen Erklärung beurkundet ist;
2. bei Geschäften, die von Amts wegen vorgenommen werden, derjenige, dessen Interesse wahrgenommen wird;
3. bei Geschäften, die auf Ersuchen des Amtsgerichts vorgenommen werden, und bei Erteilung von Sterbefallanzeigen derjenige, dessen Interesse wahrgenommen wird;
4. derjenige, der nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(3) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 3 verauslagt die Staatskasse die Kosten. Sie werden mit den Kosten eines gerichtlichen Verfahrens von dem Kostenschuldner erhoben.

§ 23

Festsetzung der Kosten

(1) Auf Antrag des Kostenschuldners setzt der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts die Kosten fest. Gerichtskosten werden für die Festsetzung nicht erhoben.

(2) Gegen die Festsetzung ist die Erinnerung zulässig; die Entscheidung des Amtsgerichts ist endgültig.

§ 24

Zurückbehaltungsrecht

(1) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlaß des Geschäfts eingereicht sind, können zurückbehalten werden, bis die in der Angelegenheit erwachsenen Kosten bezahlt sind.

(2) Über Erinnerungen gegen Anordnungen gemäß Abs. 1 wird im Aufsichtsweg entschieden.

§ 25

Einziehung der Kosten

Auf Ersuchen des Ortsgerichtsvorstehers werden die Kosten im Wege des Verwaltungszwanges nach den Vorschriften der Justizbeitreibungsordnung eingezogen.

§ 26

Vorschußpflicht

(1) Bei Geschäften, die auf Antrag vorzunehmen sind, kann die Vornahme des Geschäfts davon abhängig gemacht werden, daß der Kostenschuldner einen zur Deckung der Kosten hinreichenden Vorschuß zahlt. Dies gilt nicht, wenn die Voraussetzungen nach § 20 Abs. 1 Satz 2 vorliegen, oder wenn eine etwaige Verzögerung einem Beteiligten einen nicht oder nur schwer zu ersetzenden Schaden bringen würde.

(2) Vorschüsse werden nur insoweit zurückgezahlt, als sie den Gesamtbetrag der für das Geschäft bis zu dessen Beendigung entstandenen Kosten übersteigen.

§ 27

Verwendung der Gebühren und Auslagen

(1) Von den durch das Ortsgericht vereinnahmten Gebühren erhalten

1. der Ortsgerichtsvorsteher oder sein Vertreter 25 vom Hundert,

2. die an den einzelnen Dienstgeschäften beteiligten Ortsgerichtsmitglieder (einschließlich des Ortsgerichtsvorstehers) — untereinander zu gleichen Teilen — zusammen 75 vom Hundert.

Von den Gebührenanteilen der Ortsgerichtsmitglieder sind $33\frac{1}{3}$ vom Hundert, höchstens 600 Deutsche Mark jährlich, Dienstaufwandsentschädigung.

(2) Die vereinnahmten Auslagen stehen den Ortsgerichtsmitgliedern zu.

(3) Die Abrechnung und Auszahlung erfolgt jeweils am Monatsende.

§ 28

Unkostentragung

Die Auslagen für Hilfspersonen trägt der Ortsgerichtsvorsteher, die sonstigen Kosten der Geschäftsführung des Ortsgerichts die Gemeinde.

Fünfter Abschnitt

Schlußbestimmungen¹⁾

§ 29

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1953 in Kraft.

§ 30

Übergangsbestimmungen

Die bisher eingerichteten Ortsgerichte gelten als auf Grund dieses Gesetzes errichtet. Die Schätzungsämter und Feldgerichte stellen ihre Tätigkeit ein.

¹⁾ Die Vorschriften betreffen das Inkrafttreten und die Übergangsbestimmungen des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 6. Juli 1952.

**Siebte Verordnung
zur Ausführung des § 12 des Schulverwaltungsgesetzes**

Vom 22. April 1980

Auf Grund des § 12 des Schulverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 4. April 1978 (GVBl. I S. 232), geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1979 (GVBl. I S. 179), wird verordnet:

§ 1

Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wird in den Städten Bebra und Rotenburg a. d. Fulda in den für Hauptschulen gebildeten Schulbezirken die Förderstufe ab 1. August 1980 eingerichtet.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. April 1980

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Börner

Der Kultusminister
Krollmann

*) GVBl. II 72-84

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den
Geschäftsbereich des Sozialministers*)**

Vom 22. April 1980

Auf Grund des § 21 Abs. 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 1978 (GVBl. I S. 469), wird verordnet:

Artikel 1

In der Anlage zur Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministers vom 22. Januar 1976 (GVBl. I S. 59), geändert durch Verordnung vom 17. Oktober 1978 (GVBl. I S. 542), werden die Nr. 820121 bis 829939 durch die Nr. 821110 bis 827100 in der aus der Anlage zu dieser Verordnung ersichtlichen Fassung ersetzt.

Anlage

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1980 in Kraft.

Wiesbaden, den 22. April 1980

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Börner

Der Sozialminister
Clauss

Der Minister der Finanzen
Reitz

*) Ändert GVBl. II 305-10

Anlage

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v.H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Sinnenprüfung | | | | |
| 821110 | — einfacher Art | | | | 10 |
| 821130 | — differenzierter Art (z. B. Duo-Test, Ermittlung von Qualitätsmerkmalen) | | | | 20 |
| 821150 | — stärker differenzierter Art (z. B. Triangel-Test) | | | | 30 |
| | Vorbereitende Arbeiten und qualitativer Nach- weis von Stoffen (je Arbeitsgang) | | | | |
| | Vorbehandlung aus mehreren methodischen Schritten für bestimmte chemische, physikalische und physikalisch-chemische Unter- suchungen | | | | |
| 821210 | — einfacher Art (bis 3 methodische Schritte) | | | | 15 |
| 821230 | — aufwendiger Art (mehr als 3 methodische Schritte) | | | | 25 |
| 821250 | Absorbieren und Adsorbieren | | | | 30 |
| 821270 | Ausschütteln | | | | 15 |
| 821290 | Destillieren | | | | 20 |
| 821310 | Dialysieren | | | | 30 |
| 821330 | Extrahieren | | | | 35 |
| 821350 | Filtrieren | | | | 10 |
| 821370 | Gefriertrocknen | | | | 35 |
| 821390 | Gelfiltration | | | | 40 |
| 821410 | Glühen | | | | 20 |
| 821430 | Ionenaustausch | | | | 25 |
| 821450 | Lösen | | | | 5 |
| 821470 | Mischen | | | | 5 |
| 821490 | Perforieren | | | | 35 |
| 821510 | Rektifizieren | | | | 30 |
| 821530 | Schmelzen | | | | 10 |
| 821550 | Schütteln | | | | 5 |
| 821570 | Sieben | | | | 10 |
| 821590 | Sublimieren | | | | 30 |
| 821610 | Trocknen | | | | 10 |
| 821630 | Umkristallisieren | | | | 30 |
| | Umsetzen und Nachweisen von Stoffen | | | | |
| 821650 | — einfacher Art (z. B. Hydrolyse, Verseifung, Oxi- dation, Reduktion, Nachweise durch Farbreak- tion oder Fällungen) | | | | 10 |
| 821670 | — schwieriger Art (z. B. Diazotierung, Silylierung, Nachweis mit Enzymen) | | | | 30 |
| | Veraschen bzw. Aufschließen | | | | |
| 821690 | — trocken | | | | 15 |
| 821710 | — naß | | | | 18 |
| | Zentrifugieren | | | | |
| 821730 | — bis 10 000 g | | | | 10 |
| 821750 | — mehr als 10 000 g | | | | 20 |
| 821770 | Zerkleinern | | | | 5 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v.H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Chemische, physikalische und physikalisch-chemische Untersuchungsmethoden | | | | |
| | Atomabsorptionsmessung | | | | |
| 823110 | — flammenlos | | | | 60 |
| 823120 | — mit Flamme | | | | 50 |
| | Aufnahme von Spektren | | | | |
| 823130 | — im UV-Bereich | | | | 35 |
| 823140 | — im sichtbaren Bereich | | | | 25 |
| 823150 | — im IR-Bereich | | | | 50 |
| 823160 | Bestimmung von Länge, Breite, Dicke | | | | 6 |
| | Bestimmung der Masse | | | | |
| 823170 | — Genauigkeit bis ± 1 mg | | | | 8 |
| 823180 | — Genauigkeit $> \pm 1$ mg | | | | 10 |
| 823190 | Brechungsindex, Refraktion | | | | 14 |
| | Chromatographische Methoden | | | | |
| | Der Grundbetrag gilt jeweils für eine bzw. die 1. Substanz oder Fraktion pro Trennung und für den qualitativen bzw. halbquantitativen Nachweis; soweit kein besonderer zusätzlicher Aufwand erforderlich ist, verringert er sich für die 2. um 20 v.H., für die 3. um 40 v.H., für die 4. um 60 v.H. und von der 5. an um 80 v.H. Bei quantitativen Bestimmungen verdoppelt sich der jeweils ermittelte Betrag. | | | | |
| 823200 | — Dünnschichtchromatographie | | | | 25 |
| 823210 | — Gaschromatographie | | | | 50 |
| 823220 | — Hochdruck-Flüssigkeits-Chromatographie | | | | 30 |
| 823230 | — Ionenaustauschchromatographie | | | | 40 |
| 823240 | — Papierchromatographie | | | | 20 |
| 823250 | — Säulenchromatographie | | | | 40 |
| 823260 | Colorimetrie, Nephelometrie | | | | 25 |
| 823270 | Densitometrie | | | | 25 |
| | Dichte oder spezifisches Gewicht | | | | |
| 823280 | — mittels der Spindel | | | | 6 |
| 823290 | — mittels der Mohr-(Westphal'schen Waage | | | | 9 |
| 823300 | — mittels des Pyknometers | | | | 18 |
| 823310 | — nach anderen Verfahren | | | | 20 |
| 823320 | Druckmessung | | | | 12 |
| 823330 | Elektrophorese | | | | 50 |
| 823340 | Erstarrungspunkt | | | | 23 |
| 823350 | Flammenfotometrie | | | | 50 |
| 823360 | Fließpunkt | | | | 23 |
| | Fluoreszenzmessung | | | | |
| 823370 | — bei bestimmter Wellenlänge | | | | 30 |
| 823380 | — Aufnahme eines Spektrums | | | | 60 |
| | Fotometrische Messung bei bestimmten Wellenlängen | | | | |
| 823390 | — im UV-Bereich | | | | 20 |
| 823400 | — im sichtbaren Bereich | | | | 15 |
| 823410 | — im IR-Bereich | | | | 30 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v.H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 823420 | Gefrierpunktniedrigung | | | | 40 |
| 823430 | Gravimetrische Bestimmung | | | | 30 |
| 823440 | Ionensensitive Messung | | | | 30 |
| 823450 | Kalorische Größen | | | | 30 |
| 823460 | Kernresonanzspektrometrie pro Messung | | | | 200 |
| 823470 | Leitfähigkeitsmessung | | | | 20 |
| 823480 | Massenspektrometrie (Aufnahme eines Spektrums) | | | | 150 |
| | Mikroskopie | | | | |
| 823490 | — einfacher Art | | | | 15 |
| 823500 | — schwieriger Art | | | | 40 |
| 823510 | — Verfahren mit besonderem apparativem Aufwand | | | | 80 |
| | pH-Wert | | | | |
| 823520 | — mit Indikatorfolien | | | | 5 |
| 823530 | — colorimetrisch | | | | 14 |
| 823540 | — elektrometrisch | | | | 24 |
| 823550 | Polarisation | | | | 25 |
| 823560 | Polarographie | | | | 30 |
| | Radioaktivität | | | | |
| 823570 | — Gesamt- α -Aktivität | } je Messung | | | 60 |
| 823580 | — Gesamt- β -Aktivität | | 60 | | |
| 823590 | — Gesamt- γ -Aktivität | | 50 | | |
| | α -Spektrometrie, β -Spektrometrie | | | | |
| 823600 | — für 1 Nuklid | | | | 250 |
| 823610 | — für jedes weitere Nuklid | | | | 25 |
| 823620 | — Szintillations-Spektrometrie je Nuklid | | | | 250 |
| 823630 | — Messung von Einzelnuklid-Präparaten von β -Strahlen (z. B. Sr ⁹⁰) je Nuklid | | | | 100 |
| 823640 | Rauchpunkt | | | | 30 |
| 823650 | Redox-Potential | | | | 30 |
| | Röntgenfluoreszenz-Analyse | | | | |
| 823660 | — qualitativ (Aufnahme eines Spektrums) | | | | 170 |
| 823670 | — quantitativ pro Element | | | | 90 |
| 823680 | Schmelzpunkt | | | | 14 |
| 823690 | Siedepunkt | | | | 18 |
| | Titration | | | | |
| 823700 | — einfach | | | | 10 |
| 823710 | — Rück- | | | | 15 |
| 823720 | — konduktometrisch | | | | 30 |
| 823730 | — potentiometrisch | | | | 40 |
| 823740 | Tropfpunkt | | | | 23 |
| 823750 | Viskosität | | | | 27 |
| 823760 | Volumenmessung mit Meßzylinder, Bürette, Pipette oder Meßkolben | | | | 8 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v.H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | Untersuchungen mit Bakterien, Hefen oder Pilzen | | | | |
| | Artbestimmung | | | | |
| 825110 | — bakteriologisch durch Kultur | | | | 15 |
| 825120 | — mykologisch durch Kultur | | | | 16 |
| 825130 | — bakteriologisch oder mykologisch durch Differenzierung | | | | 14 |
| | Biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB) | | | | |
| 825140 | — einfacher Art | | | | 70 |
| 825150 | — differenzierter Art | | | | 120 |
| 825160 | Biologischer Stoffabbau durch enzymatische und fermentative Spaltung | | | | 30 |
| 825170 | Gärversuch im Gärröhrchen | | | | 15 |
| | Hemmtest bzw. Wuchsstofftest | | | | |
| 825180 | — mit Bakterienkultur | | | | 22 |
| 825190 | — mit Pilzkultur | | | | 16 |
| | Keimzahlbestimmung | | | | |
| 825200 | — durch Einzelkultur | | | | 20 |
| 825210 | — durch Anzüchtung (mehrere Kulturen), je Kultur | | | | 15 |
| | Untersuchungen mit Tieren | | | | |
| | Toxizitätstest | | | | |
| 825310 | — mit Fischen, Vortest | | | | 12 |
| 825330 | — mit Fischen, differenzierter Art | | | | 200 |
| 825350 | — mit Insekten oder Daphnien | | | | 10 |
| 825370 | — mit Kleintieren (Mäuse, Ratten) | | | | 25 |
| | Enzymatische Analyse | | | | |
| 825510 | Einfacher Test | | | | 20 |
| 825520 | Mehrstufentest | | | | 35 |
| | Serologische Bestimmungen | | | | |
| 825710 | pro Substanz | | | | 50 |
| | Immunochemische Bestimmungen | | | | |
| 825910 | pro Substanz | | | | 50 |
| | Besondere Verfahren | | | | |
| 827100 | Bestimmung des organischen Gesamtkohlenstoffs . | | | | 50 |

**Siebte Verordnung
zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den
Geschäftsbereich des Ministers für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten*)**

Vom 22. April 1980

Auf Grund des § 21 Abs. 1 des Hesseschen Verwaltungskostengesetzes vom 11. Juli 1972 (GVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 1978 (GVBl. I S. 469), wird verordnet:

Artikel 1

In der Anlage 2 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten vom 22. Januar 1976 (GVBl. I S. 84), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. November 1979 (GVBl. I S. 240), erhält Nr. 972 Buchst. B folgende Fassung:

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|-------|--|------------------------------|---------------------|--------|----------|
| | | v. H. | Bemessungsgrundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | B Chemische, physikalische und biologische Untersuchungen | | | | |
| 1 | Sinnenprüfung | | | | |
| 1.1 | — einfacher Art | | | | 10 |
| 1.2 | — differenzierter Art (z. B. Duo-Test, Ermittlung von Qualitätsmerkmalen) | | | | 20 |
| 1.3 | — stärker differenzierter Art (z. B. Triangel-Test) | | | | 30 |
| 2 | Vorbereitende Arbeiten und qualitativer Nachweis von Stoffen | | je Arbeitsgang | | |
| 2.1 | Vorbehandlung aus mehreren methodischen Schritten für bestimmte chemische, physikalische und physikalisch-chemische Untersuchungen | | | | |
| 2.1.1 | — einfacher Art (bis 3 methodische Schritte) | | | | 15 |
| 2.1.2 | — aufwendiger Art (mehr als 3 methodische Schritte) | | | | 25 |
| 2.2 | Absorbieren und Adsorbieren | | | | 30 |
| 2.3 | Ausschütteln | | | | 15 |
| 2.4 | Destillieren | | | | 20 |
| 2.5 | Dialysieren | | | | 30 |
| 2.6 | Extrahieren | | | | 35 |
| 2.7 | Filtrieren | | | | 10 |
| 2.8 | Gefriertrocknen | | | | 35 |
| 2.9 | Gelfiltration | | | | 40 |
| 2.10 | Glühen | | | | 20 |
| 2.11 | Ionenaustausch | | | | 25 |
| 2.12 | Lösen | | | | 5 |
| 2.13 | Mischen | | | | 5 |
| 2.14 | Perforieren | | | | 35 |
| 2.15 | Rektifizieren | | | | 30 |
| 2.16 | Schmelzen | | | | 10 |
| 2.17 | Schütteln | | | | 5 |
| 2.18 | Sieben | | | | 10 |
| 2.19 | Sublimieren | | | | 30 |
| 2.20 | Trocknen | | | | 10 |
| 2.21 | Umkristallisieren | | | | 30 |

*) Ändert GVBl. II 305-11

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v. H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 2.22 | Umsetzen und Nachweisen von Stoffen | | | | |
| 2.22.1 | — einfacher Art (z. B. Hydrolyse, Verseifung, Oxidation, Reduktion, Nachweise durch Farb- reaktion oder Fällungen) | | | | 10 |
| 2.22.2 | — schwieriger Art (z. B. Diazotierung, Silylie- rung, Nachweis mit Enzymen) | | | | 30 |
| 2.23 | Veraschen bzw. Aufschließen | | | | |
| 2.23.1 | — trocken | | | | 15 |
| 2.23.2 | — naß | | | | 18 |
| 2.24 | Zentrifugieren | | | | |
| 2.24.1 | — bis 10 000 g | | | | 10 |
| 2.24.2 | — mehr als 10 000 g | | | | 20 |
| 2.25 | Zerkleinern | | | | 5 |
| 3 | Chemische, physikalische und physikalisch- chemische Untersuchungsmethoden | | | | |
| 3.1 | Atomabsorptionsmessung | | | | |
| 3.1.1 | — flammenlos | | | | 60 |
| 3.1.2 | — mit Flamme | | | | 50 |
| 3.2 | Aufnahme von Spektren | | | | |
| 3.2.1 | — im UV-Bereich | | | | 35 |
| 3.2.2 | — im sichtbaren Bereich | | | | 25 |
| 3.2.3 | — im IR-Bereich | | | | 50 |
| 3.3 | Bestimmung von Länge, Breite, Dicke | | | | 6 |
| 3.4 | Bestimmung der Masse | | | | |
| 3.4.1 | — Genauigkeit bis ± 1 mg | | | | 8 |
| 3.4.2 | — Genauigkeit $> \pm 1$ mg | | | | 10 |
| 3.5 | Brechungsindex, Refraktion | | | | 14 |
| 3.6 | Chromatographische Methoden | | | | |
| | Der Grundbetrag gilt jeweils für eine bzw. die 1. Substanz oder Fraktion pro Trennung und für den qualitativen bzw. halbquantitativen Nach- weis; soweit kein besonderer zusätzlicher Auf- wand erforderlich ist, verringert er sich für die 2. um 20 v. H., für die 3. um 40 v. H., für die 4. um 60 v. H. und von der 5. an um 80 v. H. Bei quantitativen Bestimmungen verdoppelt sich der jeweils ermittelte Betrag. | | | | |
| 3.6.1 | — Dünnschichtchromatographie | | | | 25 |
| 3.6.2 | — Gaschromatographie | | | | 50 |
| 3.6.3 | — Hochdruck-Flüssigkeits-Chromatographie | | | | 30 |
| 3.6.4 | — Ionenaustauschchromatographie | | | | 40 |
| 3.6.5 | — Papierchromatographie | | | | 20 |
| 3.6.6 | — Säulenchromatographie | | | | 40 |
| 3.7 | Colorimetrie, Nephelometrie | | | | 25 |
| 3.8 | Densitometrie | | | | 25 |
| 3.9 | Dichte oder spezifisches Gewicht | | | | |
| 3.9.1 | — mittels der Spindel | | | | 6 |
| 3.9.2 | — mittels der Mohr-(Westphal)'schen Waage | | | | 9 |
| 3.9.3 | — mittels des Pyknometers | | | | 18 |
| 3.9.4 | — nach anderen Verfahren | | | | 20 |
| 3.10 | Druckmessung | | | | 12 |
| 3.11 | Elektrophorese | | | | 50 |
| 3.12 | Erstarrungspunkt | | | | 23 |
| 3.13 | Flammenfotometrie | | | | 50 |
| 3.14 | Fließpunkt | | | | 23 |
| 3.15 | Fluoreszenzmessung | | | | |
| 3.15.1 | — bei bestimmter Wellenlänge | | | | 30 |
| 3.15.2 | — Aufnahme eines Spektrums | | | | 60 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|----------|---|------------------------------|--------------------------|-----------|-------------|
| | | v. H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 3.16 | Fotometrische Messung bei bestimmten Wellenlängen | | | | |
| 3.16.1 | — im UV-Bereich | | | | 20 |
| 3.16.2 | — im sichtbaren Bereich | | | | 15 |
| 3.16.3 | — im IR-Bereich | | | | 30 |
| 3.17 | Gefrierpunktniedrigung | | | | 40 |
| 3.18 | Gravimetrische Bestimmung | | | | 30 |
| 3.19 | Ionensensitive Messung | | | | 30 |
| 3.20 | Kalorische Größen | | | | 30 |
| 3.21 | Kernresonanzspektrometrie | | je Messung | | 200 |
| 3.22 | Leitfähigkeitsmessung | | | | 20 |
| 3.23 | Massenspektrometrie (Aufnahme eines Spektrums) | | | | 150 |
| 3.24 | Mikroskopie | | | | |
| 3.24.1 | — einfacher Art | | | | 15 |
| 3.24.2 | — schwieriger Art | | | | 40 |
| 3.24.3 | — Verfahren mit besonderem apparativem Aufwand | | | | 80 |
| 3.25 | pH-Wert | | | | |
| 3.25.1 | — mit Indikatorfolien | | | | 5 |
| 3.25.2 | — colorimetrisch | | | | 14 |
| 3.25.3 | — elektrometrisch | | | | 24 |
| 3.26 | Polarisation | | | | 25 |
| 3.27 | Polarographie | | | | 30 |
| 3.28 | Radioaktivität | | | | |
| 3.28.1 | — Gesamt- α -Aktivität | | je Messung | | 60 |
| 3.28.2 | — Gesamt- β -Aktivität | | je Messung | | 60 |
| 3.28.3 | — Gesamt- γ -Aktivität | | je Messung | | 50 |
| 3.28.4 | α -, γ -Spektrometrie | | | | |
| 3.28.4.1 | — für 1 Nuklid | | | | 250 |
| 3.28.4.2 | — für jedes weitere Nuklid | | | | 25 |
| 3.28.5 | Szintillations-Spektrometrie | | je Nuklid | | 250 |
| 3.28.6 | Messung von Einzelnuklid-Präparaten von β -Strahlen (z. B. Sr^{90}) | | je Nuklid | | 100 |
| 3.29 | Rauchpunkt | | | | 30 |
| 3.30 | Redox-Potential | | | | 30 |
| 3.31 | Röntgenfluoreszenz-Analyse | | | | |
| 3.31.1 | — qualitativ (Aufnahme eines Spektrums) | | | | 170 |
| 3.31.2 | — quantitativ | | je Element | | 90 |
| 3.32 | Schmelzpunkt | | | | 14 |
| 3.33 | Siedepunkt | | | | 18 |
| 3.34 | Titration | | | | |
| 3.34.1 | — einfach | | | | 10 |
| 3.34.2 | — Rück- | | | | 15 |
| 3.34.3 | — konduktometrisch | | | | 30 |
| 3.34.4 | — potentiometrisch | | | | 40 |
| 3.35 | Tropfpunkt | | | | 23 |
| 3.36 | Viskosität | | | | 27 |
| 3.37 | Volumenmessung mit Meßzylinder, Bürette, Pipette oder Meßkolben | | | | 8 |
| 4 | Untersuchungen mit Bakterien, Hefen oder Pilzen | | | | |
| 4.1 | Artbestimmung | | | | |
| 4.1.1 | — bakteriologisch durch Kultur | | | | 15 |
| 4.1.2 | — mykologisch durch Kultur | | | | 16 |
| 4.1.3 | — bakteriologisch oder mykologisch durch Differenzierung | | | | 14 |
| 4.2 | Biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB) | | | | |
| 4.2.1 | — einfacher Art | | | | 70 |
| 4.2.2 | — differenzierter Art | | | | 120 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|--|------------------------------|---|-----------|-------------|
| | | v.H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 4.3 | Biologischer Stoffabbau durch enzymatische und fermentative Spaltung | | | | 30 |
| 4.4 | Gärversuch im Gärröhrchen | | | | 15 |
| 4.5 | Hemmtest bzw. Wuchsstofftest | | | | |
| 4.5.1 | — mit Bakterienkultur | | | | 22 |
| 4.5.2 | — mit Pilzkultur | | | | 16 |
| 4.6 | Keimzahlbestimmung | | | | |
| 4.6.1 | — durch Einzelkultur | | | | 20 |
| 4.6.2 | — durch Anzüchtung (mehrere Kulturen) | | je Kultur | | 15 |
| 5 | Untersuchungen mit Tieren | | | | |
| 5.1 | Toxizitätstest | | | | |
| 5.1.1 | — mit Fischen, Vortest | | | | 12 |
| 5.1.2 | — mit Fischen differenzierter Art | | | | 200 |
| 5.1.3 | — mit Insekten oder Daphnien | | | | 10 |
| 5.1.4 | — mit Kleintieren (Mäuse, Ratten) | | | | 25 |
| 6 | Enzymatische Analyse | | | | |
| 6.1 | Einfacher Test | | | | 20 |
| 6.2 | Mehrstuftentest | | | | 35 |
| 7 | Serologische Bestimmungen | | je Substanz | | 50 |
| 8 | Immunochemische Bestimmungen | | je Substanz | | 50 |
| 9 | Besondere Verfahren | | | | |
| 9.1 | Bestimmung des organischen Gesamtkohlenstoffs | | | | 50 |
| 10 | Abwasseruntersuchungen nach § 45 Abs. 2 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69, 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109) | | | | |
| 10.1 | Standarduntersuchung nichtgewerblicher Abwässer (Beschaffenheit, Temperatur, Leitfähigkeit, pH-Wert, BSB ₅ , CSB, absetzbare Stoffe, Ammonium, Nitrat, Nitrit, Phosphat, Chlorid, Sulfat) | | | | |
| 10.1.1 | Abwasseranlagen mit einer Kapazität von weniger als 60 kg/d BSB ₅ (roh) | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 80 |
| 10.1.2 | Abwasseranlagen mit einer Kapazität von 60 bis 600 kg/d BSB ₅ (roh) | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 160 |
| 10.1.3 | Abwasseranlagen mit einer Kapazität von mehr als 600 kg/d BSB ₅ (roh) | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 320 |
| | Für weitere Untersuchungen von zahlenmäßig im Bescheid festgelegten Grenzwerten werden die Gebühren nach Nr. 1 bis 9 berechnet. | | | | |
| 10.2 | Standarduntersuchung gewerblicher Abwässer (Beschaffenheit, Temperatur, Leitfähigkeit, pH-Wert, CSB, absetzbare Stoffe und maximal 7 weitere Einzelparameter, wie z. B. bei Nr. 10.1 oder DOC, Cyanid, Chromat, Phenole, Ole und Fette, Schwermetalle) | | | | |
| 10.2.1 | bis 150 m ³ /d | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 80 |
| 10.2.2 | über 150 bis 1 500 m ³ /d | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 160 |

| Nr. | Gegenstand | Als Gebühren sind zu erheben | | | |
|--------|---|------------------------------|---|-----------|-------------|
| | | v. H. | Bemessungs- grundlage | von DM | (bis) DM |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 10.2.3 | über 1 500 m ³ /d Für weitere Untersuchungen von zahlenmäßig im Bescheid festgelegten Grenzwerten werden die Gebühren nach Nr. 1 bis 9 berechnet. | | je Einleitung am festgesetzten Meßpunkt | | 320 |

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1980 in Kraft.

Wiesbaden, den 22. April 1980

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Börner

Der Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten
Görlach

Der Minister der Finanzen
Reitz

**Verordnung
zur Änderung der Zulassungszahlenverordnung 1980*)**

Vom 21. April 1980

Auf Grund des § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 11. Juli 1978 (GVBl. I S. 470) wird verordnet:

Artikel 1

Die Zulassungszahlenverordnung 1980 vom 21. Dezember 1979 (GVBl. 1980 I S. 48) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a wird die Zulassungszahl „202“ für den Studiengang Medizin durch die Zulassungszahl „212“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 5 Nr. 3 Buchst. a wird die Zulassungszahl „198“ für den Studiengang Medizin (2. Fachsemester) durch die Zulassungszahl „209“ ersetzt.

3. In § 2 Abs. 5 Nr. 3 Buchst. a wird die Zulassungszahl „195“ für den Studiengang Medizin (3. Fachsemester) durch die Zulassungszahl „206“ ersetzt.
4. In § 2 Abs. 5 Nr. 3 Buchst. a wird die Zulassungszahl „192“ für den Studiengang Medizin (4. Fachsemester) durch die Zulassungszahl „203“ ersetzt.
5. In § 2 Abs. 5 Nr. 3 Buchst. a wird die Zulassungszahl „203“ für den Studiengang Medizin (ab 5. Fachsemester) durch die Zulassungszahl „194“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 21. April 1980

Der Hessische Kultusminister
Krollmann

*) Ändert GVBl. II 70-98

**Sechste Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Zulassung zum
Vorbereitungsdienst für die Lehrämter**

Vom 21. April 1980

Auf Grund des § 3 a Abs. 3 des Gesetzes über das Lehramt an öffentlichen Schulen in der Fassung vom 30. Mai 1969 (GVBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1979 (GVBl. I S. 186), wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für die Lehrämter vom 10. Dezember 1975 (GVBl. I S. 318), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. November 1979 (GVBl. I S. 257), wird wie folgt geändert:

1. „§ 7
- Die Gesamtzahl der Ausbildungsstellen beträgt
1. für die Lehrämter an Grundschulen, an Hauptschulen und Realschulen, an Sonderschulen sowie für die Grundstufe und für die Mittelstufe:

| | |
|----------------------|-------|
| ab 1. Mai 1980: | 3 280 |
| ab 1. November 1980: | 3 380 |
 2. für die Lehrämter an Gymnasien sowie für die Mittelstufe und die Oberstufe:

| | |
|----------------------|---------------------|
| ab 1. Mai 1980: | 2 120 |
| ab 1. November 1980: | 2 320 ^{*)} |

2. Die Anlage wird wie folgt geändert:

- a) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

- „1. a) **Lehramt an Grundschulen**
b) **Lehramt für die Grundstufe**

| Unterrichtsfach: | Ausbildungsstellen: | |
|---|---------------------|------------------|
| | ab | ab |
| | 1. Mai 1980 | 1. November 1980 |
| Evangelische Theologie | 50 | 54 |
| Katholische Theologie | 25 | 27 |
| Deutsch, Sprachen, Sachunterricht (Geschichte, Geographie, Sozialkunde/ Gesellschaftslehre, Physik, Chemie, Biologie, Polytechnik), Mathematik | 730 | 798 |
| Musik/Kunst | 110 | 120 |
| Sport | 80 | 88 |
| Sonstige Fächer | 75 | 83 ^{*)} |

- b) Nr. 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

- „3. **Lehramt an Sonderschulen**

| Fachrichtung: | Ausbildungsstellen: | |
|-------------------------|---------------------|--|
| | ab | |
| | 1. Mai 1980 | |
| Lernbehinderte | 290 | |
| Verhaltensgestörte | 60 | |
| Praktisch Bildbare | 100 | |
| Sprachbehinderte | 60 | |
| Sonstige Fachrichtungen | 40 | |

^{*)} Ändert GVBl. II 322-79

4. a) Lehramt an Gymnasien
 b) Lehramt für die Mittelstufe
 und die Oberstufe

| Unterrichtsfach: | Ausbildungsstellen: | |
|--|---------------------|------------------------|
| | ab 1. Mai 1980 | ab 1. November 1980 |
| Deutsch, Fremdsprachen, Musik/Kunst | 1 525 | 1 705 |
| Mathematik, Physik, Chemie, Biologie | 1 040 | 1 060 |
| Geschichte, Sozialkunde, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften, Erdkunde | 1 005 | 1 045 |
| Sport | 295 | 375 |
| Evangelische Theologie | 85 | 85 |
| Katholische Theologie | 70 | 70 |
| Sonstige Fächer | 220 | 300" |

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1980
 in Kraft.

Wiesbaden, den 21. April 1980

Der Hessische Kultusminister
 Krollmann

**Dritte Anordnung
zur Änderung der Anordnung des Direktors des Landespersonalamtes
über die Festsetzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen*)**

Vom 25. März 1980

Auf Grund des § 8 Abs. 2 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1976 (GVBl. I S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1979 (GVBl. 1980 I S. 1), wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmt:

Artikel 1

Die Anordnung des Direktors des Landespersonalamtes über die Festsetzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen vom 22. Oktober 1975 (GVBl. I S. 260), zuletzt geändert durch Anordnung vom 17. September 1979 (GVBl. I S. 227), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Nr. 8 wird nach dem Zusatz
„Chemie-“
der Zusatz
„Eich-“
eingefügt.
2. In § 2 wird in den Abschnitt „**Besoldungsgruppe A 16**“ nach der Amtsbezeichnung
„Leitender Chemiedirektor“
die Amtsbezeichnung
„Leitender Eichdirektor“
eingefügt.

Artikel 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 25. März 1980

**Der Direktor
des Landespersonalamtes Hessen
Bartholomäi**

*) Ändert GVBl. II 320-68

Herausgeber: Der Hessische Ministerpräsident —
Staatskanzlei — Wiesbaden.

Verlag: Verlag Dr. Max Gehlen, Postfach 22 47,
6380 Bad Homburg v. d. Höhe 1; Ruf: (06172) 2 30 56;
Postscheck-Konto: Dr. Max Gehlen 228 48-607, Frank-
furt (BLZ 500 100 60).

Druck: Werk- und Feindruckerei Dr. Alexander Krebs,
Bad Homburg v. d. Höhe 1, Hemsbach (Bergstraße).

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlags-
abonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbe-
stellungen für das nächste Kalenderjahr müssen späte-
stens am 1. November beim Verlag vorliegen. — Ein-
zelstücke können vom Verlag bezogen werden. —
Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und der-
gleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung
auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzlei-
stung.

Bezugspreise: Der jährliche Bezugspreis beträgt 62,—
DM einschließlich 3,78 DM Mehrwertsteuer. — Die
vorliegende Ausgabe Nr. 9 kostet 2,50 DM ein-
schließlich 6,5% Mehrwertsteuer zuzüglich Versand-
kosten.

Verlag Dr. Max Gehlen • Postfach 22 47
6380 Bad Homburg v. d. Höhe 1

Postvertriebsstück 1 Y 3228 AX • Gebühr bezahlt